

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Literaturverzeichnis	XXI
Abkürzungsverzeichnis	XXV
	Rn.
Teil 1: Die Beteiligung der Gläubiger im Überblick	1
A. Gesetzliche Regelungen für die Beteiligung der Gläubiger im Insolvenzverfahren	1
I. Gläubigerrechte im Eröffnungsverfahren	1
1. Besonderheiten in Verfahren über das Vermögen natürlicher Personen.	2
2. Reform des Eröffnungsverfahrens	3
3. Sicherungsmaßnahmen im Eröffnungsverfahren.	6
4. Abweisung der Verfahrenseröffnung mangels Masse	8
a) Finanzierung der Verfahrenskosten durch Gläubigervorschüsse	9
b) Entbehrlichkeit der Kostendeckung bei Kostenstundung	10
5. Angaben und Anordnungen im Eröffnungsbeschluss	11
6. Zustellung und öffentliche Bekanntmachung	13
7. Beschwerderechte im Eröffnungsverfahren.	15
II. Einteilung der Gläubiger	16
1. Insolvenzgläubiger und nachrangige Insolvenzgläubiger ..	17
a) Verzicht auf Rangklassen – Wiedereinführung des Fiskusprivilegs	19
b) Stellung der nachrangigen Insolvenzgläubiger	20
2. Absonderungsberechtigte Gläubiger	21
3. Aussonderungsberechtigte Gläubiger	24
4. Massegläubiger	25
5. Neugläubiger des Schuldners	28
III. Organe der Gläubigerselbstverwaltung	30
1. Die Gläubigerversammlung	33
2. Regelungen betreffend den Gläubigerausschuss im Insolvenzverfahren.	49

	Rn.
IV. Nicht kollektiv geltend zu machende Rechte der Gläubiger . . .	64
B. Allgemeine Einführung in die Problematik der Gläubigerbeteiligung	69
I. Bedeutung der Gläubigerautonomie in der InsO.	70
1. Tatsächliche Beteiligung der Gläubiger im Insolvenzverfahren	71
2. Bestrebungen zur Wiederherstellung der Konkursprivilegien	72
3. Abschaffung des par condicio creditorum	73
4. Unterminierung der Bestrebungen zur Stärkung der Eigenverwaltung und des Insolvenzplanverfahrens	74
II. Auswirkungen der stärkeren Einbeziehung dinglich gesicherter Gläubiger in das Verfahren	75
1. Stetige Ausweitung des Einflusses dinglich gesicherter Gläubiger	76
2. Übertragung der Verwalterauswahl und -bestimmung auf die dinglich gesicherten Gläubiger	77
III. Zur Auseinandersetzung mit Fragen der Gläubigerbeteiligung	78
C. Rechtsprechung zur Stellung der Gläubiger im Insolvenz-, Konkurs- und Gesamtvollstreckungsverfahren (A–Z)	81
Teil 2: Die Stellung der Gläubiger im Eröffnungsverfahren	112
A. Vorbemerkung	112
B. Gläubigerüberlegungen vor Insolvenzantragstellung	113
I. Gläubigeranträge in Bezug auf private Schuldner und Klein-gewerbetreibende	116
II. Gläubigeranträge im Regelinsolvenzverfahren	118
C. Besondere Voraussetzungen für Gläubigeranträge	122
I. Antragsrücknahme und Erledigungserklärung	129
II. Wiederaufnahme des Verfahrens	134
III. Haftungsrisiken im Zusammenhang mit Insolvenzanträgen . . .	135
D. Weitere Gesichtspunkte der Gläubigerbeteiligung im Insolvenzeröffnungsverfahren	137
I. Rechtsbehelfe im Rahmen der Vorprüfung	138
II. Zulässigkeit der Beantragung von Sicherungsmaßnahmen . . .	141
III. Auswirkungen einzelner Sicherungsmaßnahmen auf die Rechtsstellung der Gläubiger	147

	Rn.
1. Gefährdung der Gläubigerinteressen bei Verzicht auf einen „starken“ vorläufigen Insolvenzverwalter	148
2. Fehlende haftungsrechtliche Absicherung	151
IV. Beteiligung an den Verfahrenskosten durch Gläubigervorschüsse	153
E. Auswirkungen der Eröffnungsentscheidung auf die Gläubiger ..	158
I. Aufforderung der Gläubiger zur Geltendmachung von Sicherungsrechten	160
II. Terminsbestimmungen im Eröffnungsbeschluss	162
III. Beschwerderechte der Gläubiger im Eröffnungsverfahren	164
Teil 3: Die Gläubigerversammlung	167
A. Verhältnis der Verfahrensorgane zueinander	171
I. Das Verhältnis zwischen Gläubigerausschuss und -versammlung	175
II. Das Verhältnis zwischen Gläubigerausschuss und Insolvenzgericht	179
III. Das Verhältnis zwischen Insolvenzgericht und Gläubigerversammlung	183
B. Die Stellung der Gläubigerversammlung im Regel- und im Verbraucherinsolvenzverfahren	187
I. Besonderheiten im Verfahren mit Eigenverwaltung des Schuldners	189
II. Eingeschränkte Bedeutung der Gläubigerautonomie im Verbraucherinsolvenzverfahren der §§ 304 ff. InsO	190
III. Beteiligung der Gläubiger im Restschuldbefreiungsverfahren der §§ 286 ff. InsO	193
C. Die Zusammensetzung und das Zusammentreten der Gläubigerversammlung	195
I. Berechtigung zur Teilnahme an der Gläubigerversammlung ..	196
1. Einbeziehung der nachrangigen Insolvenzgläubiger	200
2. Teilnahmerecht der Gläubigerausschussmitglieder, des Sachwalters und des Treuhänders	201
3. Ausschluss der Aussonderungsberechtigten und der Massegläubiger	202
4. Sonderfälle	204
a) Gläubiger bestrittener Forderungen	205

	Rn.
b) Vertretung in der Gläubigerversammlung/Pressevertreter	207
II. Einberufung und Verfahren der Gläubigerversammlung.	210
1. Fälle der Einberufung der Versammlung	215
2. Einberufungsverfahren	218
3. Vertagung der Versammlung	225
4. Leitung der Versammlung	226
5. Beschlüsse der Gläubigerversammlung.	228
a) Beschlussfähigkeit	228
b) Beschlussfassung	229
D. Festsetzung des Stimmrechts der Gläubiger.	231
I. Stimmrechtsfestsetzung im Überblick	232
1. Möglichkeiten der Stimmrechtsfestsetzung.	233
2. Festgestellte Insolvenzforderungen	235
3. Besonderheiten im Insolvenzplanverfahren.	236
II. Stimmrechtsfestsetzung im Einzelnen	237
1. Stimmrecht ungeprüfter Forderungen	238
2. Stimmrecht bestrittener Forderungen	239
a) Grundsätze für die Stimmrechtsfestsetzung des Rechtspflegers	242
b) Auswirkungen des Bestreitens des Schuldners bei Eigenverwaltung.	243
3. Aufschiebend bedingte Forderungen und absonderungsberechtigte Gläubiger	244
III. Stimmrechtsausschlüsse in besonderen Fällen	246
1. Befangenheit bei Abstimmungen in eigener Sache	247
2. Abgrenzung zur allgemeinen Betroffenheit.	249
IV. Anfechtbarkeit von Stimmrechtsentscheidungen	251
1. Änderung der Festsetzung auf Antrag eines Beteiligten	253
2. Nachträgliche Änderung bei Entscheidungserheblichkeit der Festsetzung	254
a) Inhalt der Regelung des § 18 Abs. 3 Satz 2 RPflG	255
b) Zweck der Änderungsbefugnis	256
E. Einzelne Beschlussgegenstände der Gläubigerversammlung und mögliches Gläubigerverhalten	257
I. Verhältnis der Gläubiger zum Insolvenzverwalter	260

	Rn.
1. Wahl eines anderen Insolvenzverwalters durch die Ver-	
sammlung	261
a) Versagung der Ernennung nur bei „triftigen Gründen“ .	262
b) Beschränkung der Wahl eines anderen Verwalters auf	
die erste Gläubigerversammlung nach seiner Ernen-	
nung	263
c) Beschwerderechte bei Abwahlentscheidungen	264
d) Feststellung des Stimmrechts	266
e) Verwalterentlassung als letzter Weg bei Pflichtverstö-	
ßen	268
2. Berichts- und Informationspflichten des Verwalters	269
3. Zustimmung zu besonders bedeutsamen Rechtshandlungen	273
4. Entscheidung über die Unternehmensfortführung/-stille-	
legung	275
a) Möglichkeiten der Delegation von Entscheidungen	
der Gläubigerversammlung	277
b) Übertragung von Kompetenzen in Teilbereichen	279
II. Verhältnis der Gläubigerversammlung zum Gläubigeraus-	
schuss	281
1. Maßgeblichkeit der Versammlung für die Bildung des	
Ausschusses	282
2. „Beschickung“ des Ausschusses durch die Gläubiger	284
III. Rechte und Befugnisse der Gläubigerversammlung im Ver-	
hältnis zum Schuldner	286
1. Anordnung der Überwachung des Schuldners im Rest-	
schuldbefreiungsverfahren	288
2. Maßgeblichkeit der Gläubigerversammlung für die Ein-	
richtung einer Eigenverwaltung	289
3. Bewilligung von Unterhalt	292
IV. Stellung und Befugnisse der Gläubigerversammlung im	
Insolvenzplanverfahren	293
V. Stellung der Versammlung im Verfahren allgemein	298
1. Mitwirkung bei der Forderungsprüfung	299
2. Beteiligung der Gläubiger an der Aufhebung des Verfah-	
rens	302

	Rn.
3. Beteiligung der Gläubiger in nachträglich masseunzulänglichen Verfahren	303
F. Aufhebung von Beschlüssen der Gläubigerversammlung	304
I. Das Recht zur Anfechtung nachteiliger Entscheidungen	305
1. Aufhebung der Bestellung des Gläubigerausschusses	309
2. Anfechtung von Aufhebungsentscheidungen	311
3. Anfechtung der Abwahlentscheidung durch den Verwalter	313
II. Probleme der Einbeziehung der absonderungsberechtigten Gläubiger	315
Teil 4: Der Gläubigerausschuss	316
A. Einführung	319
B. Die Einsetzung eines Gläubigerausschusses	321
I. Einsetzung eines vorläufigen Ausschusses im Eröffnungsverfahren	322
II. Ersetzung des Gläubigerausschusses durch einen Gläubigerbeirat	324
III. Einsetzung des endgültigen Gläubigerausschusses	326
IV. Zusammensetzung des Gläubigerausschusses	329
1. Kreis der wählbaren Personen	331
2. Wahl anderer Ausschussmitglieder nach § 68 Abs. 2 InsO	334
C. Rechtsstellung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	336
I. Stimmverbote bei Selbstbetroffenheit und Verschwiegenheitspflichten	337
II. Entlassung von Ausschussmitgliedern	342
1. Grundsätze	342
2. Wichtige Gründe	346
3. Rechtsmittel	351
4. Rechtsfolgen der Entlassung	352
III. Haftung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	353
1. In Betracht kommende Pflichtverstöße und Haftungsvoraussetzungen	358
2. Geltendmachung	364
3. Verjährung der Haftung	365
IV. Vergütung der Tätigkeit der Ausschussmitglieder	366
1. Grundsätze	366
2. Höhe der Vergütung und USt.	368

	Rn.
D. Selbstorganisation und Verfahren des Gläubigerausschusses . . .	373
E. Beschlussersetzung durch Gericht bzw. Gläubigerversammlung	376
F. Gegenstände der Mitwirkung des Gläubigerausschusses	378
I. Die allgemeine Unterstützungs- und Überwachungspflicht der Ausschussmitglieder	380
II. Antragsrechte des Gläubigerausschusses	384
III. Erteilung von Genehmigungen und Zustimmungen durch den Gläubigerausschuss	385
1. Bedeutung der Genehmigung des Gläubigerausschusses . .	390
2. Genehmigungserfordernisse bei Eigenverwaltung des Schuldners	393
3. Zustimmungserfordernisse im Insolvenzplanverfahren . . .	395
IV. Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte des Gläubigeraus- schusses	396
1. Anlage/Hinterlegung von Geld und Kostbarkeiten	397
2. Mitwirkung bei der Aufstellung eines Insolvenzplans	399
V. Stellungnahme- und Anhörungsrechte des Gläubigeraus- schusses	400
VI. Unterrichts- und Informationsrechte	401
1. Auskunfts- und Überwachungspflichten bei der Insol- venzplanerfüllung	402
2. Vorabinformation über die Verfahrensaufhebung bei Be- stätigung eines Insolvenzplans	403
3. Auskunftspflicht des Schuldners	404
4. Zustellung des Vergütungsfestsetzungsbeschlusses	405
G. Abschließender Hinweis	406
Teil 5: Aussonderungsrechte	407
A. Ausgangssituation	407
B. Aussonderung gem. § 47 InsO	413
I. Einleitung	413
II. Besonderheit der obligatorische Rechte	419
III. Aussonderung im eröffneten Insolvenzverfahren/die Inbesitz- nahme durch den Verwalter	428
IV. Rechte, die ein Aussonderungsrecht begründen	440
1. Eigentum/Miteigentum	440
2. Eigentumsvorbehalt	445

	Rn.
3. Sicherungseigentum.	452
4. Besitz.	454
5. Leasing, Factoring, Mietkauf.	455
6. Mietkaution.	458
7. Treuhand.	466
8. Mittelbare Stellvertretung.	471
a) Kommission/Speditionsgeschäft.	471
b) Die Versicherung für fremde Rechnung.	474
9. Anspruch aus betrieblicher Altersversorgung.	477
10. Andere dingliche Rechte.	482
11. Forderungen/gewerbliche Schutzrechte.	483
12. Sonstige Rechte.	484
V. Aussonderung im Eröffnungsverfahren.	485
1. Der Besitz des vorläufigen Insolvenzverwalters.	487
2. Herausgabepflicht des vorläufigen Insolvenzverwalters. ...	492
3. Regelung des § 21 Abs. 2 Nr. 5 InsO.	498
C. Ersatzaussonderung.	504
I. Einleitung.	504
II. Verhältnis zu anderen Normen.	506
1. Dingliche Surrogation.	506
2. Verstärkung von Schadensersatzansprüchen.	507
III. Aussonderungsfähiger Gegenstand.	508
1. Allgemein.	508
2. „2. Ersatzaussonderung“.	509
3. Ersatzabsonderung.	511
IV. Der maßgebliche Zeitpunkt für die Aussonderungsfähigkeit. ..	512
V. Die Veräußerung.	514
1. Tatsächliche Vorgänge.	516
2. Zwangsvollstreckung und Enteignung.	518
3. Darlehnsgewährung und Pfandrechtsbestellung.	519
4. Einziehung einer fremden Forderung.	520
5. Wirksamkeit der Veräußerung.	522
6. Die Person des Veräußernden.	525
VI. Die unberechtigte Veräußerung.	529
1. Die Weiterveräußerungsermächtigung.	530
a) Das Vorliegen der Weiterveräußerungsermächtigung. ..	531

	Rn.
b) Die Weiterveräußerungsermächtigung beim einfachen Eigentumsvorbehalt/Veräußerung im ordnungsgemäßen Geschäftsverkehr	532
c) Die Weiterveräußerungsermächtigung beim verlängerten Eigentumsvorbehalt	538
aa) Die Veräußerung nach Zahlungseinstellung bzw. Insolvenzeröffnung im Fall des verlängerten Eigentumsvorbehalts	541
bb) Die Einstellung in ein Kontokorrent.	542
cc) Die Einziehungsermächtigung	544
2. Die Genehmigung der Veräußerung	553
3. Die Einwilligung zur Veräußerung	555
4. Auskunftsanspruch	556
VII. Gegenleistung	557
1. Der Begriff der Gegenleistung.	557
a) Definition des Begriffs „Gegenleistung“	557
b) Darlehensgewährung/Verpfändung des fremden Gegenstands	559
2. Die Höhe der Gegenleistung	561
3. Ausstehen der Gegenleistung	563
4. Unentgeltliche Veräußerung	564
5. Gesamtbeträge	565
a) Unterscheidbarkeit	566
aa) Grundsätzliche Überlegungen	566
bb) BGH-Rechtsprechung	576
cc) Die Unterscheidbarkeit im Zahlungsverkehr	580
b) Mehrere ersatzaussonderungsfähige Forderungen.	582
c) Anrechnung ersparter Aufwendungen	583
D. Geltendmachung der Aussonderung-Freigabe	589
I. Allgemeines.	589
II. Die Pflichten aufteilung zwischen dem Aussonderungsberechtigten und dem Insolvenzverwalter	595
III. Die Auskunftspflicht des Insolvenzverwalters	607
IV. § 107 Abs. 2 InsO	611
V. Unechte Freigabe.	612

	Rn.
Teil 6: Absonderungsrechte	618
A. Einleitung	618
B. Das Absonderungsrecht	621
C. Unbewegliche Gegenstände	625
I. Absonderungsrechte an unbeweglichen Gegenständen.	626
II. Die freihändige Verwertung durch den Insolvenzverwalter ...	632
III. Zugriff auf Mietforderungen	641
IV. Sonderrecht der Wohnungseigentümergeinschaft und der öffentlichen Hand	643
V. Sonderfall Mietkaution	644
D. Bewegliche Gegenstände	645
I. Einleitung	645
II. §§ 173, 313 Abs. 3 InsO	647
III. §§ 166 ff. InsO.	650
1. Grundsätzliches	650
2. Der bewegliche Gegenstand im Besitz des Insolvenzver- walters	656
3. Die sicherungshalber abgetretene Forderung	663
IV. Umgehung der §§ 166 ff. InsO	668
V. Auskunftsanspruch § 167	672
1. Allgemeines	672
2. Umfang der Auskunftspflicht	673
3. Grenzen der Auskunftspflicht	677
4. Das Auskunftsbegehren	682
5. Gewährung der Besichtigung bzw. Einsichtnahme	686
6. Kostenerstattungspflicht	691
7. Analoge Anwendung des § 167 InsO	692
VI. Anzeigepflicht des § 168.	693
1. Die Anzeige der beabsichtigten Verwertung	693
2. Inhalt der Mitteilungspflicht	697
3. Hinweis des Absonderungsberechtigten	700
4. Übernahme durch den Absonderungsberechtigten/Selbst- eintritt.	709
VII. Zinsanspruch gem. § 169 InsO	720
1. Zielsetzung des § 169 InsO	720
2. Grenzen des Zinsanspruchs	726

	Rn.
3. Ende der Zinszahlungspflicht	729
4. Höhe und Zeitraum des Zinsanspruchs	730
5. § 169 InsO und § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO	735
VIII. Kostenpauschalen zugunsten der Masse §§ 170, 171 InsO....	743
1. Kostenpauschale gem. §§ 170, 171 InsO.....	744
2. Befriedigung des Absonderungsberechtigten	749
3. Besonderheit der Überlassung gem. § 170 Abs. 2 InsO ...	751
4. Die Kostenpauschalen	756
IX. Verwendung; § 172 InsO.....	767
1. Allgemeines.....	767
2. Verbindung/Vermischung/Verarbeitung.....	774
3. Analoge Anwendung des § 172 InsO	778
E. § 173 Abs. 2 InsO.....	780
F. Absonderungsrechte im Insolvenzeröffnungsverfahren	784
I. Besitz des vorläufigen Insolvenzverwalters	785
II. Zwangsweise Durchsetzung des Absonderungsrechts	787
III. § 21 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 InsO	792
IV. Störung des Absonderungsrechts durch den vorläufigen Verwalter.....	797
G. Ersatzabsonderung	798
H. Eingriffe in Absonderungsrechte durch einen Insolvenzplan ...	799
I. Poolverträge.....	802
I. Allgemeines.....	802
II. Poolbildung nach Insolvenzeröffnung.....	808
III. Der Insolvenzverwalter als Poolverwalter.....	812
Teil 7: Haftung des Geschäftsführers bzw. des Gesellschafters	814
A. Einleitung.....	814
B. Insolvenzverschleppungshaftung.....	819
I. Grundsätzliches.....	819
II. Der Antragspflichtige	822
1. Die Grundnorm des § 15a InsO.....	822
2. Erweiterung des Kreises der Insolvenzantragspflichtigen..	824
3. Führungslose Gesellschaft.....	826
4. Faktische Geschäftsführung.....	830
III. Die Pflicht einen Insolvenzantrag zu stellen.....	834
1. Insolvente Gesellschaft	834

	Rn.
2. Die 3-Wochen-Frist	839
3. Mehrköpfige Geschäftsleitung	843
4. Besondere Insolvenzantragspflichten	846
IV. Der Schaden im Fall der Insolvenzverschleppung	847
V. Verschulden	852
VI. Teilnahme nach § 830 BGB	853
VII. Gesetzliche Gläubiger/Deliktsgläubiger	855
VIII. Geltendmachung des Schadens	856
C. Die Haftung gem. § 26 Abs. 3 InsO	860
D. Ansprüche wegen der Vornahme verbotener Zahlungen	871
I. Einleitung und Rechtsgrundlage	872
II. Anspruchsvoraussetzungen	876
1. Insolvenzeröffnung	876
2. Vorliegen eines Insolvenzgrunds vor der tatsächlichen Antragstellung	877
3. Nicht-Stellung des Insolvenzantrags	878
4. Zahlung	884
5. Ausnahme: Erlaubte Zahlungen	891
6. Verschulden	902
III. Darlegungs- und Beweislast	903
IV. Mögliche Haftungsausschlüsse	904
1. Die 3-Wochen-Frist des § 15a InsO	904
2. Haftungsverzicht	905
3. Verhältnis zur Insolvenzanfechtung	906
V. Schaden	907
VI. Zusätzliche Hinweise	909
1. Vorbehaltsurteil	909
2. Geltendmachung	910
3. D & O-Versicherung	913
4. Teilnahme	915
VII. Besonderheiten § 64 Sätze 1 und 2 GmbHG, § 130a HGB . . .	916
E. Insolvenzverursachungshaftung § 64 Satz 3 GmbHG	919
F. § 311 Abs. 2 BGB (culpa in contrahendo)	930
G. § 826 BGB Existenzvernichtungshaftung der Gesellschafter . . .	935

	Rn.
Teil 8: Lexikon der Gläubigerbeteiligung	949
Teil 9: Verfahrensmuster und Fallbeispiele	1035
	Seite
Anhang	537
A. Aktiengesetz (Auszug)	537
B. Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) – Auszug	542
C. Gesamtvollstreckungsordnung (GesO) – Auszug	572
D. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland – Auszug ...	574
E. Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haf- tung (GmbHG) – Auszug	576
F. Handelsgesetzbuch – Auszug	583
G. Insolvenzordnung (InsO) – Auszug	592
H. Insolvenzrechtliche Vergütungsverordnung (InsVV) – Auszug ..	684
I. Konkursordnung – Auszug	685
J. Rechtspflegergesetz (RpflG) – Auszug	691
K. Gesetz über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen (Schuldverschreibungsgesetz – SchVG) – Auszug	694
L. Strafgesetzbuch (StGB) – Auszug	696
M. Gesetz über den Versicherungsvertrag (Versicherungsver- tragsgesetz – VVG) – Auszug	699
N. Gesetz über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht (Wohnungseigentumsgesetz) – Auszug	700
O. Zivilprozessordnung – Auszug	703
P. Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwal- tung – Auszug	732
Stichwortverzeichnis	737